

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **33 (1943)**

Heft 17

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Arbeitsbeschaffung

-an- In 25 Kurzreferaten wurde an einer Tagung an der ETH in Zürich das Problem der Arbeitsbeschaffung — wir denken, als Nachkriegsproblem von Dauerinteresse — hin und her beleuchtet. Man gewinnt nicht den Eindruck, dass nun der «Weg ins Freie» durchaus gesichert sei und dass man genau wisse, was geschehen solle, um die Arbeitslosigkeit ein für allemal zu verbannen. Die geäußerten Vorbehalte von seiten der privaten Wirtschaft stehen im Vordergrund der Diskussion, dies ist das einzig Sichere.

Wir haben, wie allenthalben, auch bei diesem Kapitel der Wirtschaftspolitik, an mancherlei Fehlern der Vergangenheit zu tragen. Wie lange ist es her, dass man das Wort «Wirtschaftsplanung» aussprechen darf, ohne dass sogleich jeder gute Bürger «Planwirtschaft» versteht und unter «Plan» nichts anderes begreift als eine Willkürvorschrift des bürokratischen Staates, wenn nichts Schlimmeres! So ist auch die «Arbeitsbeschaffung» in Verruf gekommen als uferlose Auftraggeberei des Staates, des Bundes, der Kantone, der Gemeinden, Auftraggeberei, welche der blutende Steuerzahler zu berappen haben würde, ohne dass er je einen Entgelt erhielte. Die so beschäftigten Arbeitslosen aber würden natürlich nie leisten, was sie «normalerweise» zu leisten vermöchten — man dürfe natürlich keinen normal besolden — abgesehen davon, dass der Staat die private Wirtschaft nicht konkurrenzieren dürfe!

Wie ein Wort aus einer «gut gelüfteten» Atmosphäre, aus einer von alten Vorurteilen und Missverständnissen entgifteten Atmosphäre sozusagen tönt uns der Ausspruch von Professor Schindler entgegen: «Jedenfalls sollen die staatlichen Massnahmen im Interesse der Arbeitsbeschaffung in erster Linie die private Wirtschaft in die Lage versetzen, selbst genügend Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten!» Planung — aber Planung durch den Staat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft! Der Staat springe mit eigenen Aufträgen in die Lücke, sofern die private Wirtschaft einmal nicht alle Arbeitsfähigen beschäftigen kann. Aber er vergesse nicht jenes Ziel: Die Wirtschaft so zu fördern, dass sie jeden einstellen könne!

Wir sind der Ansicht, dass dies der Weg aller Wege sei! Mehr als das: Wir stellen fest, dass wir ihn schon lange beschritten haben. Nicht eindeutig, entschlossen und planmässig, aber immerhin doch beschritten! Preisgarantien für landwirtschaftliche Hauptprodukte beispielsweise ermöglichten in langen Jahren schon den Bauernstand, Abnehmer gewerblicher Produkte zu bleiben und damit die Arbeitsplätze im Gewerbe zu sichern. Man garantiere so oder so das Einkommen der breitesten Klassen, und man wird die Wirtschaft in jenen Stand versetzen, den Professor Schindler meint. Hierzu braucht es keine Diktatur, sondern wachsende Einsicht — und es sichert gegen — Diktatur!

Frühjahrs-Friedensoffensive

In den Kommentaren zur siebenten Kriegszusammenkunft des deutschen und italienischen Diktators im deutschen Führerhauptquartier haben die Hinweise auf eine mögliche Friedensoffensive merkwürdigerweise fast ganz gefehlt. Das ist eigentlich verwunderlich. Denn ein Vorfasten und Sondieren in der Richtung nach allfälligen Friedenswünschen der gegnerischen Völker darf in der Bearbeitung der eigenen Volksstimmung so wenig fehlen

wie der Versuch, im andern Lager die unbedingte Kriegsentschlossenheit zu brechen. Zudem sind bisher den grossen Offensiven stets Verhandlungen vorausgegangen, mehr oder weniger offen, und mehr oder weniger unter Teilnahme der Kriegsparteien. Die Chronisten, die einmal diesen Krieg beschreiben werden, dürften uns dereinst Dinge aufdecken, über welche die Nachwelt weniger als wir Heutigen staunen wird.

Es versteht sich ganz von selbst, dass Friedensoffensiven auf zwei Wegen schreiten: Auf einem geheimen und einem offenbaren. Und zwischen beiden scheinen manchmal keine Querverbindungen zu laufen. «Die linke Hand weiss nicht, was die rechte tut.» Das heisst, die Regierungen leugnen strikte, mit den Führern, die da oder dort ausgestreckt werden, irgendwelchen Zusammenhang zu haben. Man weiss daher nie, wer die Leute vorgeschickt hat und in wessen Namen sie die «unverbindlichen Vorschläge» machen. Das war schon im letzten Kriege so und wiederholt sich diesmal in verwirrlischen Formen. Die Dementis, die man jeweilen zu hören bekommt, sind nicht weniger «undurchsichtig» als die Vorschläge. Vor Wochen hiess es, dass zwei der Achse angehörende Staaten auf dem Umwege über eine südamerikanische Hauptstadt ihre Friedensbereitschaft kundgetan hätten. Das Dementi nannte nachher Rumänien und Finnland. Dabei waren die zwei gar nicht als die Friedenssuchenden genannt worden — in der ersten Meldung war sogar nur von einer, nicht von zwei Mächten die Rede gewesen. Das heisst also, dass man auch heute noch nicht weiss, ob eine Achsenmacht über Buenos Aires Fäden spann — und welche es gewesen, wenn es eine war!

Der spanische Versuchsballon

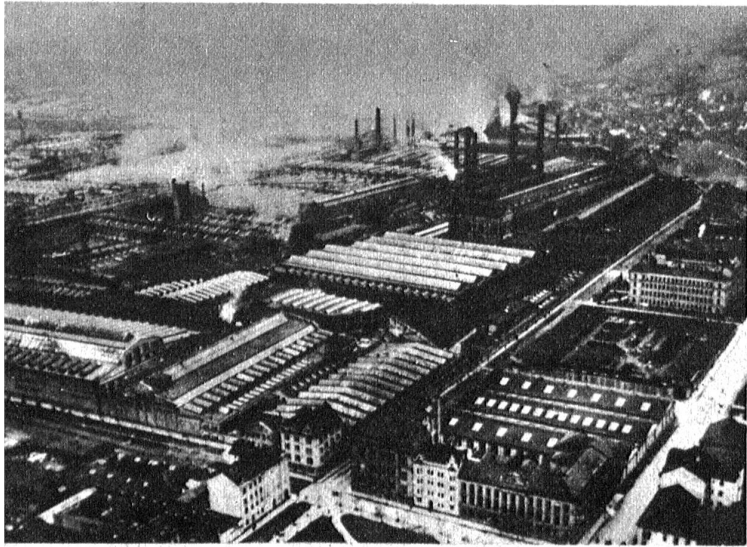
stieg in einer Rede des Madrider Aussenministers Jordana und sah recht unverfänglich aus. Herr Jordana legte nichts anderes dar als die Richtlinien der Aussenpolitik Francos, welche in der bekannten Einhaltung strikter Neutralität und der Abwehrung jeder bolschewistischen Drohung liegen. Bei dieser Gelegenheit wurde jedoch die Bereitschaft Spaniens, zwischen den Kriegführenden einen Kompromissfrieden zu vermitteln, bekanntgegeben. Die Antwort der Angelsachsen bestand im Hinweis auf die Abmachungen von Casablanca, laut welchen kein Friede möglich sei, bevor Deutschland und Italien nicht bedingungslos kapituliert hätten. Auch die Achse rückte von Jordana ab. Die Möglichkeiten, England und USA zur See zu schlagen und die Russen in der neuen Sommeroffensive endgültig über den Haufen zu werfen, werden als Gründe für die Sinnlosigkeit von Verhandlungen angeführt.

Die Frage, wer hinter den spanischen Aeusserungen stehe, kann nicht beantwortet werden. Scharfe Logiker werden uns sagen, man gehe am besten so vor, dass man untersuche, wer nicht dahinter stehe. Das heisst: England und USA können es nicht sein, Russland auf keinen Fall. Oder, wenn es sich doch um Amerikaner oder Engländer handeln sollte, könnten nicht die offiziellen Stellen in Betracht fallen. Eher jene Kreise, die den unbedingten Kurs Washingtons und Londons bedauerten und über Madrid einen Vorstoss zur Bearbeitung ihrer eigenen öffentlichen Meinung versucht hätten. Dass es solche Kreise gibt, kann nicht geleugnet werden. Es sind jene Schichten, die Russland mehr fürchten als Deutschland, und die immer noch darauf hoffen, eine geschwächte deutsche Heermacht und

Kurzwellen-Radio

Miete Fr. 14.70
pro Monat

Radio-Kunz
Christoffelgasse 7



Der grösste bisherige Bombereinsatz der Kriegsgeschichte galt den Skoda-Werken in Pilsen. 600 schwere Bomber griffen in einer Nacht den Kontinent an.

ein gedemütigtes Italien als Verbündete gegen den revolutionären Kommunismus zu gewinnen. Die Mentalität des spanischen Systems scheint wie berufen, solchen Kreisen als Sprachrohr zu dienen. Franco hat seinen Frieden mit USA und England, diesen «Plutokratien», gemacht, obgleich er ideologisch auf Seiten der Achse steht und keinen andern Feind als Moskau anerkennt. Was er erstrebt, ist immer noch ein «München». Wobei seine Freunde in Neuyork und London nur wünschen, dass die alliierte Rüstung endgültig ein deutsches Uebergewicht in einem antibolschewistischen «Westblock» verhindern würde.

Sollten es wirklich Angelsachsen, nicht Achsenkreise sein, welche die «Chamberlains» und die amerikanischen Gesinnungsfreunde durch Jordanas Mund zu erreichen suchten? Es heisst, der Vatikan stehe dem spanischen Unternehmen nicht fern. Diese Behauptung geht weit. Niemand weiss, welche Ergebnisse die Verhandlungen zwischen Roosevelt und dem päpstlichen Rom gezeitigt haben. Würde die Mitwirkung des Vatikans Querverbindungen gerade zu jenen Kreisen aufdecken, die «Casablanca» als ihr Programm aufgestellt haben? Das würde heissen, dass man in London und Neuyork auf die Friedenssehnsucht bei den Achsenvölkern spekulierte und sich eine Schwächung des Durchhaltewillens gerade am Vorabend schwerer Schlachten versprach. Dass jedoch auch die Achse ihren Friedensvorstoss macht, lässt sich aus den

Leichenfunden von Katyn bei Smolensk schliessen. Deutsche Pioniere sollen bei Befestigungsarbeiten in einem grossen Walde auf zwei Riesengräber gestossen sein, in welchen die Ueberreste von mehr als 8000 polnischen Offizieren lagen. Bewahrheitet sich diese Nachricht, dann stehen wir vor einem der krassesten Beweise bolschewistischer Barbarei, welchen sich ein antikommunistisches Propaganda-Amt wünschen konnte. Man vergegenwärtige sich: 8000 Mann, alle durch «Genickschuss erledigt», 8000 Kriegsgefangene, die sich in den Händen einer Macht befanden, welche heute als gefeierte und bewunderte Verbündete der grossen Demokratien gilt!

Die polnische Exilregierung in London, die in ihrem Grenzstreit mit Russland bisher vergeblich die britische und amerikanische Unterstützung zu erlangen versuchte, tut nun umgekehrt Stalin, Churchill und Roosevelt nicht den Gefallen, zu den deutschen Meldungen zu schweigen. Auf die russische Andeutung, es seien im Herbst 1941

massenweise polnische Kriegsgefangene, die in der Provinz Smolensk Befestigungsarbeiten durchführten, in die Hände der Deutschen gefallen, stellt die Regierung Sikorskis fest, dass sie mehr als 8000 Offiziere vermisste. Die Russen hätten nach Ausbruch des deutsch-russischen Krieges versprochen, alle gefangenen Polen freizulassen, damit sie in die neu aufzustellende Polenarmee eingereiht würden. Jene 8000 Offiziere wären aber nie herausgegeben worden. Man wusste von diesen Dingen lange vor den Funden, und sie können der Achse nicht entgangen sein.

Nun wendet sich die polnische Regierung an das «Rote Kreuz» und bittet um unverzügliche Untersuchungen im Walde von Katyn. Berlin gibt bekannt, dass polnische kriegsgefangene Offiziere Gelegenheit bekommen hätten, selbst bei der Freilegung ihrer gemordeten Kameraden zugegen zu sein. Entwickelt sich die Angelegenheit weiter wie bisher, dann kann daraus für Stalin ein bedenkliches Menetekel werden. Natürlich muss man abwarten, was die Rot-Kreuz-Leute finden. Und auch dies und jenes An-



Britische Infanteristen der 8. Armee werden in einer Gefechtspause von Sanitätsmannschaften gepflegt.

dere! Ein findiger schweizerischer Zeitungsmann sprach schon vor mehr als zwei Jahren von einem Fürsten Radzivil, der aus russischer Gefangenschaft entflohen und berichtete, wie ihn die Russen naiverweise für den Aufbau einer «roten polnischen Armee» gewinnen wollten — ihn, den Fürsten und Katholiken! Nun wurde die «bürgerliche polnische Armee» nach Iran geschafft. Wo aber haben die Russen die «rote polnische Armee» aufgestellt? Die Sikorski-Truppe, die 100 000 Mann zählt, wollten sie bei ihrem Einmarsch in Polen fern haben — darum ihre Verschiebung nach Iran!

Der Propagandawert des Fundes von Katyn

springt in die Augen. Die unentwegten Russenfreunde sagen, nichts sei der Achse so gelegen gekommen, wie die 8000 Toten! Sie bezweifeln, dass der grausige Fund erst jetzt gemacht wurde und nehmen an, es sei mit der Bekanntgabe bis zu einem wohlwogenen Zeitpunkte zugewartet worden. Ob das so sei, oder ob die Nachricht unkontrolliert gleich nach der Ausgrabung an die Weltöffentlichkeit drang, ihre Wirkung ist dieselbe. Alle Offiziere der Welt, die der Alliierten so gut wie die der Achse, werden durch diese Propaganda vor eine grauenhafte Warnung gestellt: Im «revolutionären Klassenkampf wird der Chargierte durch Genickschuss erledigt!» Gestern die Polen, welche als besitzende Oberschicht in der Ukraine und in Weissrussland beseitigt werden mussten — heute — wer weiss, deutsche Offiziere, und morgen? In der Betonung solcher Möglichkeiten liegt der Propagandawert,

Unterseeboot übernimmt neue Torpedos auf offener See

welchen die Achse — mit welchem Rechte, steht bis und nach der Rotkreuz-Untersuchung dahin — aus den Funden von Katyn zieht. Ziehen *muss*, selbst wenn sie derlei nicht einmal deutlich ausspricht. Es ist der logische Schluss, welcher sich überall und jedermann aufdrängt. Hinter den 8000 stehen die *Opfer des russischen Bürgerkrieges, die im Unterbewusstsein aller westlichen Länder nachwirken*. Der Genickschuss gehörte zur Technik der Tscheka, so überliefern es die nie genau auf ihren Wahrheitsgehalt untersuchten Schilderungen der russischen Schreckensjahre 1918 bis 1921!

Was könnte auf die Finnen, auf die Rumänen, auf die Ungarn, was auf die Deutschen und Italiener, falls sie schwach werden wollten, mehr wirken als die Aussicht, unter die Herrschaft der GPU zu kommen, und welches Argument wird im westlichen Lager, das man von Berlin und Rom aus — diese Hoffnung ist seit dem Falle Hess nie aufgegeben worden — zu zersetzen sucht, grösseren Eindruck machen? Moskau hat allen Grund, dem Vorgehen des Roten Kreuzes aufmerksam zuzuschauen: Wird die GPU schuldig gesprochen, um so schlimmer für die russischen Machthaber; widerlegt aber die Untersuchung den furchtbaren Anwurf, dann dürfen wir von einem unschätzbaren moralischen Gewinn der Sowjets sprechen.

Die Affäre von Mexiko,

das heisst die endliche *Verurteilung des Mannes, welcher seinerzeit Trotzki ermordete*, gehört in denselben Fragenkomplex, welcher mit den Funden von Katyn angegriffen wurde. Zwanzig Jahre Gefängnis, nicht etwa Zuchthaus, sind gegen den belgischen Attentäter gesprochen worden. Mehr als einer der Richter, welcher das Verfahren durchführen helfen sollte, trat von seinem Amte zurück, weil er *Drohbriefe unbekannter Herkunft* erhielt. Während seiner ganzen Gefangenschaft bekam der Angeklagte jeden Monat sein «Salär» — von geheimer Seite. Die Trotzkiisten weisen mit Fingern nach Moskau. Die GUP, so sagen sie, habe lange Arme. Trotzki sei ihr Opfer, sein Mörder ihr Agent und Schützling. Von der GPU seien die Drohbriefe an die Richter und das Salär für den Gefangenen gekommen. Warum das so lange umgangene und verschobene Verfahren nun gerade in diesen Tagen zu einem Urteil reifte, wisse man nicht, doch werde man von der GPU und ihren Taten weiteres hören.

Solche Anklagen gegen die geheime russische Staatspolizei fallen auf die Sollseite des sowjetischen Kontos, richten sich gegen Stalin, gleich der Katyn-Affäre. *Man kann von einer «Friedensoffensive gegen Moskau» reden*, die lanciert wird, bevor der letzte Akt in Tunesien beginnt — und der erste Akt der Invasion, welcher mit einer russischen Sommeroffensive parallel gehen oder von jähren deutschen Unternehmungen gekreuzt werden soll.

Es ist keine Frage, dass eine gelingende Friedensoffensive ungeheure Folgen haben müsste ...!

Im verschärften Unterseeboot-Krieg befinden sich die Unterseeboote oft monatelang unterwegs und zwar tausende von Kilometern von ihren Stützpunkten entfernt. Ein besonderer Nachschubdienst versorgt diese U-Boote mit Lebensmitteln, Treibstoff und Munition. Zum erstenmal zeigen wir hier die äusserst interessante Übernahme von Torpedos, die natürlich nach jedem Einsatz wieder verschossen sind.

1) Das Versorger-Unterseeboot bringt das Torpedo, dessen Schrauben und Gefechtskopf durch Schwimmwesten geschützt werden, auf Deck. 2) Noch während das Torpedo an der Kommandobrücke des Versorgungs-U-Bootes befestigt ist, taucht dieses halbwegs unter, so dass nun das Torpedo leicht über das Verdeck ins Wasser geschoben werden kann. Zugleich machen sich Besatzungsmitglieder im Schlauchboot bereit, um das Torpedo im Wasser zu halten. 3) Auch bei ungemütlicher Wassertemperatur muss das Torpedo, wiewohl es mit Schwimmwesten (rechts sichtbar) geschützt ist, von der schwimmenden Mannschaft an der Wasseroberfläche festgehalten werden. 4) Und nun taucht das übernehmende U-Boot langsam senkrecht auf und hebt dabei gleichzeitig das Torpedo auf das Verdeck. Der ganze Vorgang muss mit jedem einzelnen „Aal“, wie die Torpedos genannt werden, wiederholt werden.

(ATP-Bilderdienst Zürich)

